



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Seite 1 von 1

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/1144

A14

24. 04. 2023

Aktenzeichen
4062 - III. 23
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter: Herr Dr. Sotelsek
Telefon: 0211 8792-706

für die Mitglieder
des Rechtsausschusses

14. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 26.04.2023

TOP „Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität“

Anlage

1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Rechtsausschusses übersende ich als Anlage einen öffentlichen Bericht zu dem o. g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Benjamin Limbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw



**Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 26. April 2023

Schriftlicher Bericht zu TOP:
„Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität“

Mit dem vorliegenden Bericht der Landesregierung erfolgt die mit dem Anmelde-schreiben vom 14. April 2023 erbetene Unterrichtung zu dem vorbezeichneten Tages-ordnungspunkt.

Im Anschluss an Vorarbeiten aus verschiedenen, teils ressortübergreifenden Arbeits-gruppen wurden der Hausspitze des Ministeriums der Justiz im September 2022 erste Vorüberlegungen zur Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung der Umweltkriminalität vorgelegt. Diese Überlegungen wurden im November 2022 bei einem Jour fixe mit der Generalstaatsanwältin und den Generalstaatsanwälten erör-tert. Daraufhin wurde ein Rohentwurf einer Allgemeinverfügung zur Einrichtung der Schwerpunktstaatsanwaltschaft erstellt und der Generalstaatsanwältin, den General-staatsanwälten sowie der Präsidentin und den Präsidenten der Oberlandesgerichte des Geschäftsbereichs des Ministeriums der Justiz mit der Bitte um Stellungnahme übersandt. Der Haupttrichterrat, der Hauptstaatsanwaltsrat und der Hauptpersonalrat wurden im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit zu dem Rohentwurf ange-hört.

Die Anregungen aus den bislang eingegangenen Stellungnahmen werden in die an-stehenden abschließenden Erörterungen über Einzelfragen der Einrichtung der Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung der Umweltkriminalität einbezogen und ggf. Berücksichtigung finden.